

# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernspr. Nr. 18. Tel.-Abt. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Circ.-R. 146

**Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Einzeljährlich M 10.50 bei freier Lieferung; bei Abholung vierteljährlich M 9 — monatlich M 3.50, durch die Post M 10.50 —



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gehaltenen Zeitzeile (Woffe's Zellenmesser 14) 130 Pfa., im Bearb. der Anstaltsverwaltung 100 Pfa., Einzelzeile M 3.00, und M 3.00 — Restame M 2.80. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraube der mit tabellarischer-Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeige gebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der nach Rechnungs — betrag unter Wegfall von Freischuß in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie des Gemeinderats Großnaundorf.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörn, Breetzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weichbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Kleinnaundorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bischofsplatz Nr. 265.

Print und Verlag von G. v. Förstner's Erben (Zuh. J. B. Mohr).

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 142.

Sonnabend, den 26. November 1921.

73. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Bekanntmachung.

Mit der Vornahme der Absteckungs- und Vorarbeiten zum Bau der staatlichen 40 000 Volt-Leitung Großhörn-Deutsch-Baseth wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Leitung, welche zur Versorgung Nordostsachsens mit elektrischer Arbeit für Licht und Kraft dienen soll und insbesondere der Industrie und Landwirtschaft zu gute kommt, wird voraussichtlich die Fluren Großhörn, Dorn, Obersteina, Mähresdorf, Gersdorf, Sennersdorf, Wieja, Nebelschütz und Deutsch-Baseth berühren.

Es werden die Grundstückseigentümer ersucht, das Betreten ihrer Grundstücke durch die Beauftragten zu gestatten und der Vornahme der Arbeiten keine Schwierigkeiten zu bereiten. Flurschaden, der nachweisbar durch diese Arbeiten verursacht wird, wird vergütet.

Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke Dresden-N.

### Dank.

Die Sammlung für das neue Kirchengeläute ist beendet. Das Ergebnis ist so günstig, daß die Bezahlung gesichert ist. Nebereinstimmend wird berichtet, daß unsere Gemeinde in allen Ständen für die Prediger aus Turmeshöhe fast ausnahmslos gern und reichlich gegeben hat und für ihre Kirche ein Herz hat. Wenn — voraussichtlich noch in diesem Jahre — drei Glocken über Stadt und Dorf erklingen werden, dann dürfen die Geber alle sich sagen: Sie sind uns doppelt lieb, sie gehören uns und zu uns, unsere Opfer haben sie erworben. Für diesen freudigen Opfermut sei allen Spendern herzlichster Dank ausgesprochen.

Pulsnitz, am 1. Advent 1921.

Der Kirchenvorstand.

### Das Wichtigste.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates faßte einstimmig eine Entschließung, wonach die unverzügliche Durchführung der Kreditaktion der Industrie als eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland bezeichnet wird. Entschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich, besonders bei den Reichsweckbetrieben, seien daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten.

Western begannen die Truppen des österreichischen Bundesheeres mit der beabsichtigten Evakuierung des Vormarsch zur Befreiung des ganzen südlich vom Ledeburger Abstammungsgebiete liegenden Teiles des Banatlandes.

Der Kronprinz von Japan ist zum Regenten ernannt worden. Die deutsche Regierung wird gegen die Ausschreibungen von Washington wegen der deutschen Kriegsschiffe eine Note an die Entente-Mächte richten und die Sache auch im Reichstage verhandeln.

Das Werk Erlund der deutschen Werke wird am Samstag von Mitgliedern des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Genf befristet werden.

Die Not der Zeitungen. Die bayerischen Provinzzeitungen werden ab 1. Januar 25 bis 40 Prozent auf den Bezugspreis aufschlagen.

Auf nachdrückliches Verlangen der Interalliierten Militärkommission hat die Reichsregierung die Auflösung der Organisationen Köpcke, Lulock, Hubertus, Herbedeck und Oberland angeordnet, weil sie trotz Verfolgung wirtschaftlicher Tendenzen militärisch gegliedert sind.

Der deutsche Botschafter in Italien, v. Berenberg-Göpler hat um seine Entlassung gebeten.

Von den Einwohnern der 11 in Frage kommenden Sommerdörfer haben sich 84 Prozent für die Beschäftigung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau ausgesprochen.

Angesichts muß mit einer Heraushebung der Post- und Bahn-tarife auf das Zwanzigfache des Friedenspreises gerechnet werden, weil die Reparationskommission die deutschen Tarife als zu niedrig erklärt hat.

### Vor großen Entscheidungen.

In den nächsten Tagen muß die Entscheidung in zwei für Deutschland lebenswichtigen Fragen erfolgen. Es muß sich zeigen, ob sich die Hoffnung des Reichskanzlers, auch ohne die Unterstützung der deutschen Industrie erfüllen kann, einen großen Auslandskredit zu erhalten, um den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhüten. Es muß aber auch weiter erwartet werden, daß der Reichskanzler die Gründe bekanntgibt, daß er doch noch auf eine Unterstützung durch die Industrie bei der großen Kreditaktion für Deutschland hoffen zu können glaubt. Im Steuerauschuß des Reichstags oder auch im Reichstage selbst will der Reichskanzler seine Antwort auf die Bedingungen der Industrie und über die Aussichten der großen Auslandsanleihe erteilen. Man wird dann sehen, in welcher Weise der gefährliche Lage der Dinge in Deutschland noch Rechnung getragen werden kann. Wie schlimm die Dinge in Deutschland stehen und was für ein wirtschaftliches Unheil der tiefe Sturz der deutschen Marktwährung angerichtet hat, das ist wohl den meisten Reichsbürgern noch nicht klar geworden. Ein Blick auf die Devisenkurse und ein Vergleich des Marktkurses mit seinem Stande am Beginn dieses Jahres lehren entsetzliche Verluste für die deutsche Kaufkraft. 100 holländische Gulden kosteten am 8. Januar 1921 2300 Mark, am 8. November 10 850 Mark, 100 französische Franken am 3. Januar 425 Mark, am 8. November 2250 Mark; 1 Pfund Sterling damals 260 M, jetzt 1215 M; 1 Dollar damals 74 M, am 8. November 298 M, zeitweise stand er schon weit über 300 M. Dieses entsetzliche Sinken des deutschen Marktkurses bedeutet, daß Deutschland für aus dem Ausland gekaufte Baumwolle, Wolle, Häute, Metalle und Getreide jetzt Preise zahlen muß, welche alle Begriffe übersteigen. Ein Pfund amerikanische Baumwolle kostete im April 17 Mark und jetzt 84 Mark, eine Tonne Kupfer, die im Januar 1250 Mark kostete, kostet jetzt 5400 M, und die Tonne Weizen hat auch eine Preissteigerung um das Unfassbare erfahren. Schändlich denkwürdig bei dieser Preissteigerung bleibt aber für Deutschland die Tatsache, daß der Friedensvertrag diese ungeheuerlichen wirtschaftlichen Notstände

hervorgehoben hat, weil er den Weltmarkt unterband und Deutschland knechtete und beraubte. Vielleicht ist ein kleiner Hoffnungsschrahl darin zu erblicken, daß der größte und genialste deutsche Großindustrielle, Hugo Stinnes, in den letzten Tagen in London gewirkt hat, um sich über die Möglichkeiten einer Verständigung über die Reparationsfrage und die Hebung der deutschen Valuta an der englischen Quelle zu erkundigen. Ohne Mitwirkung der deutschen Großindustrie wird auch schwerlich Deutschland eine große Anleihe im Auslande erhalten.

### Deriliche und Sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz. (Volkshilfsverein.)** Der 2. Vortrag von Fräulein Sähne: „Die Schönheit der christlichen Gotteshäuser von der Vergangenheit bis zur Gegenwart“ findet wegen Reparatur des Projektionsapparats erst Montag, 5. Dezember statt.

**Pulsnitz. (Konzert.)** Der Volkshilfsverein veranstaltet am Dienstag, den 29. November 1921 im Saale des Schützenhauses ein Konzert, auf das wir an dieser Stelle noch besonders hinweisen möchten. Anschließend an die früher gebotenen Volksliederabend werden uns diesmal von berühmten Künstlern Tänze und Tanzlieder aus längst vergangenen Zeiten bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts geboten werden; Vieder für Sopran und Klavierbegleitung von Leo Hasler, Carl Maria von Weber, Schwäbische und Schweizerische Tanzlieder, Welsen für Violine und Klavier von Bach, Mozart, Beethoven, Schubert u. a. Der Gesangspart hat Fräulein Charlotte Wolf (Sopran), Opernsängerin in Dresden, übernommen, während uns Herr Konzertmeister Erhard Heyde durch seine hier rühmlichst bekannte Meistervioline erfreuen wird. Am Klavier sitzt der Dresdener Kapellmeister Ruzbach. — Mit besonderer Freude begrüßen wir auch diesen Vieder-Abend und wissen es dem Volkshilfsverein, der sich um die Pflege des deutschen Viedes in unserer Stadt schon große Verdienste erworben hat, von Herzen Dank. Wir wollen nun aber auch hoffen, daß die Bemühungen des Vorstandes, uns immer wieder in das Wunderland wahrhaft edler Kunst zu führen, auch belohnt werden durch einen zahlreichen Besuch. G. M.

**Pulsnitz. (Vohltiligkeits-Ansicherung.)** Wir verweisen nochmals auf das morgen Sonntag im Schützenhausfacile stattfindende Saalportfest des Radfahrer-Klubs „Rhönix“. Allen Radsporfreunden steht ein einzigartiger Genuß bevor. Es sind weder Mühe noch Kosten gescheut worden, um ein abwechslungsreiches Programm zusammenzustellen. Der Eintrittspreis ist den heutigen Verhältnissen entsprechend ein sehr niedriger, und da der Reinertrag dem guten Zweck der Erhaltung unserer gefallenen Helden zukommt, kann der Besuch allen Bevölkerungskreisen nur empfohlen werden. Die Ausführungen unserer Radfahrer sind dahin bekannt, daß sie künstlerisch auf der Höhe stehen, pünktlich beginnen und flott und abwechslungsreich durchgeführt werden. Mit Heil!

— Vom Mieterverein erhalten wir folgende Entscheidung zugesandt: Schweigen ist keine Zustimmung zur Mietpreis-erhöhung. (Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 16. Juli 1921, unter Nr. 4 C. 456 21.) Die Klägerin (Vermieterin) macht geltend, daß sie mit Schreiben vom 29. Juni 1920 dem Beklagten (Mieter) einen Vertragsantrag auf Mieterhöhung gemacht

habe und er diesen stillschweigend angenommen habe. Das Gericht erachtet das Zustandekommen dieses Zusatzantrages für widerlegt. Wie es ein feststehender Rechtsgrundsatz ist, daß Schenkungen nicht vermutet werden, so spricht auch eine tatsächliche Vermutung dafür, daß Mieter regelmäßig nicht gewillt sind, in Mieterhöhungen sich zu finden, ohne daß besondere Gründe sie hierzu bestimmen. Infolgedessen kann regelmäßig das Schweigen eines Mieters, dem der Vermieter eine Mieterhöhung anfragt, nicht als Zustimmung gedeutet werden. Die Klägerin schreibt in dem Briefe vom 29. Juni, eingeschrieben, lediglich: „Wir sehen uns veranlaßt, den früher für Ihre von Ihnen in unserem Hause benutzte Wohnung festgesetzten Mietpreis von 1300 M pro Jahr ab 1. Juli dieses Jahres auf 1600 M zu erhöhen, wovon Sie gefl. Kenntnis und Vorkerkung zu nehmen belieben.“ Ein Schweigen hierauf bedeutet nicht Zustimmung. (Aus „Mieterschutz“.)

— (Wichtig für lungenkranke Kriegsbeschädigte.) Dem Bezirksamt für Kriegerversorgung Ramenz ist es unter Umständen möglich, Belgienbesetzung zur Abgabe an lungenkranke oder stark rheumatische Kriegsbeschädigte zu nicht zu hohen Preisen zu besorgen. Etwaige Anträge sind umgehend beim Bezirksamt für Kriegerversorgung Ramenz einzureichen, da dieses die Bestellung bis 1. Dez. 1921 vornehmen muß.

— (Neue Erhöhung der Brotpreise in Aussicht) Wie der Teunion-Sachsendienst erzählt, ist infolge der Erhöhung der Tariflöhne für die Arbeitnehmer im Bäckergewerbe eine neue Heraushebung des Preises für Marktbrot und Gebäck notwendig.

— (Ezpreßgutbeförderung.) Vom 1. Dezember 1921 an werden die Ezpreßgutfrachten dem Werte der Beförderungsort entsprechend so erhöht, daß sie sich im allgemeinen höher stellen als die Eilgutfrachten.

— (Erasporto bei Behördebeförden.) Die Abwärtsarbeit des Postos im Verkehr zwischen Reich, Staats- und Gemeindebehörden einerseits und Privatempfängern andererseits wird, wie der Sanfand-Bund uns schreibt, in letzter Zeit von den ersteren in einer Weise ausgenutzt, die den Bestimmungen des Postgebührengesetzes vom 22. März 1921 zuwiderläuft. Es wird nicht nur für Anfragen, die lediglich die Behörde interessieren, sondern auch für nichtsfagende Mitteilungen, ja sogar bei angeblicher „Unzuständigkeit“ einer befragten Behörde die Postpflichtigkeit von Dienstfachen in Anspruch genommen. Auch die Befreiung von Freiumschlag und Radporto zeltet den Empfänger nicht von der Zahlung des Erasportes der trotzdem als „postpflichtige Dienstfache“ gesandten Antwort. Bei der gegenwärtigen und erst recht bei der noch kommenden erheblichen Erhöhung der Postgebühren, die bei „postpflichtigen Dienstfachen“ ungefähr das Doppelte des normalen Betrages ausmacht, muß daher gefordert werden, daß die Behörden aller Art im Reich auf das strengste angewiesen werden, entweder dem Empfänger nach Möglichkeit die Zahlung von Doppelporto zu ersparen, oder die Bestimmung über „postpflichtige Dienstfachen“ in der Weise ab-

